



Tagesordnung I Punkt 13 der öffentlichen Sitzung am 16. April 2008

Vorlagen-Nr. 08-F-06-0014

**Umsetzung des Rechts auf Familienplanung
- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 9.4.2008 -**

Seit der Hartz IV Reform ist zu beobachten, dass immer mehr ALG II Betroffene sich keine Verhütungsmittel mehr leisten können.

Dabei gehört das Recht auf Familienplanung gemäß der Proklamation der Internationalen Menschenrechtskonferenz von Teheran 1968 zum international anerkannten Menschenrecht auf Gesundheit.

Der Ausschuss für Soziales möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie groß ist der Kreis von Betroffenen in Wiesbaden, die sich keine Verhütungsmittel leisten können?
2. Wurden diesbezüglich Anträge an das Sozialamt gestellt?
3. Sind in der Vergangenheit bereits solche Hilfen gewährt worden?

Beschluss Nr. 0062

Der Antrag ist durch die Aussprache in der heutigen Sitzung erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2008

Diers
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .04.2008

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .04.2008

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister